

Optimum statt Maximum

Herausforderungen und Lösungsansätze einer zukunftsfähigen Ackerbaustrategie

von Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Die Erarbeitung einer Ackerbaustrategie ist Bestandteil des Koalitionsvertrages der aktuellen Regierungsparteien vom März 2018. Die Vorlage einer solchen Strategie hat Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner immer wieder angekündigt, auch im Rahmen der Bauernproteste im vergangenen Jahr. Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft hat aus Sicht der Bauern und Bäuerinnen die zentralen Herausforderungen und Lösungsansätze für eine solche Ackerbaustrategie und den politischen Handlungsbedarf in einem Positionspapier zusammengefasst, das wir im folgenden Beitrag dokumentieren.

Die landwirtschaftliche Bodennutzung zur Erzeugung hochwertiger Lebensmittel ist eine wesentliche Grundlage menschlicher Ernährung und sie ist – zusammen mit der Tierhaltung – die wesentliche Einkommensgrundlage für die noch knapp 270.000 landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland. Sie nutzen die 16,7 Millionen Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche zu etwa 70 Prozent als Acker und zu 28 Prozent als Dauergrünland.

Die Flächennutzung ist abhängig von den jeweiligen natürlichen Standortbedingungen, von den wirtschaftlichen Möglichkeiten der Verwertung und Vermarktung, von Stand und Entwicklung der Technik, Ausbildung, Beratung und Wissenschaft, Landzugang sowie Pacht- und Bodenpreisen und nicht zuletzt von den agrarpolitischen Rahmenbedingungen. Die Struktur und die Art der Landbewirtschaftung prägen wiederum unsere Landschaften und Dörfer und wirken auf Natur und Umwelt ein.

Das Bestreben von Bäuerinnen und Bauern ist neben einer guten Ernte der Erhalt und Aufbau eines fruchtbaren Bodens und einer intakten Umwelt sowie die Schonung von Ressourcen – nicht nur aus der Verantwortung gegenüber diesen wichtigen Allgemeingütern heraus, sondern auch als zentrale Grundlage bäuerlichen, nachhaltigen Wirtschaftens.

Diese bäuerliche Handlungsmaxime wurde in den vergangenen Jahrzehnten vielfach in den Hintergrund gedrängt. Die Intensivierung und Spezialisierung der Landwirtschaft führten zur Chemiesierung und Technisierung des Ackerbaus, die für jedes Pro-

blem auf dem Feld eine externe Lösung versprochen: für den Maximalertrag den entsprechenden Dünger, gegen jede Krankheit und jeden Schädling ein Mittel, für jede Steigerung der Größenordnung die entsprechende Technik. So entstand ein Ackerbausystem, in dem einzelne Bausteine rezeptartig zusammengesetzt werden, die sich gegenseitig bedingen und Abhängigkeiten im bisherigen System geschaffen haben. Das Erfahrungswissen der Bäuerinnen und Bauern sowie die ökologischen Folgen für Boden, Wasser, Klima und Biodiversität sind so vielfach aus dem Blick geraten.

Ein naturverträglicher Ackerbau liegt nicht nur im Interesse der Bäuerinnen und Bauern, sondern im gesamtgesellschaftlichen Interesse. Eine nachhaltige Verbesserung und Zukunftsausrichtung kann nur mit gemeinsamer Anstrengung aller, dem Willen zum Wandel und aktiver Unterstützung der Politik gelingen.

Im Folgenden fasst die AbL wesentliche Herausforderungen im Bereich des Ackerbaus zusammen, zeichnet Perspektiven auf und leitet daraus agrarpolitischen Handlungsbedarf ab.

Herausforderungen

Extremwetterlagen nehmen zu. – Sowohl lokal (z. B. Starkregen, Hagel, Sturm) als auch regional und sogar überregional wie im »Dürrejahr« 2018 werden bisher außergewöhnliche Wetterereignisse häufiger. Das belastet die Ertragssicherheit und erfordert verstärkt sowohl ackerbauliche als auch betriebswirtschaftliche

Maßnahmen zur Risikovorsorge und Risikostreuung. Bäuerinnen und Bauern sind die ersten, die wirtschaftlich direkt vom Klimawandel und daraus resultierenden häufigeren Extremwetterlagen betroffen sind.

Probleme enger Fruchtfolgen. – Viele Kulturpflanzen reagieren mit Selbstunverträglichkeit auf zu enge Fruchtfolgen bzw. zu kurze Anbaupausen wie z. B. Raps, Kartoffeln und viele Leguminosen. Auch bei vermeintlich selbstverträglichen Kulturen treten bei zu kurzen Anbaupausen Probleme wie erhöhter Schädlings-, Krankheits- und Beikrautdruck auf.

Einige Pflanzenschutzmittel verlieren ihre Wirksamkeit. – Herbizidresistenzen von Problemunkräutern und -gräsern wie Ackerfuchsschwanz nehmen zu, d. h. einige der heute noch zur Verfügung stehenden Pflanzenschutzmittel verlieren ihre Wirksamkeit. Neue, wirksame Herbizide stehen zum Teil nicht zur Verfügung. Auch im Bereich der Insektizide und Fungizide gibt es teilweise auch durch den einseitigen Einsatz nachlassende Wirkungsgrade einzelner Mittel.

Wirkstoffe verlieren Zulassung. – Gleichzeitig verlieren einige der bisher eingesetzten Wirkstoffe in den nächsten Jahren ihre Zulassung aufgrund neuer Risikobewertungen für Umwelt und Gesundheit. Glyphosat ist das bekannteste, aber nicht das einzige Beispiel.

Balance finden zwischen Ertragsniveau und Pflanzengesundheit. – Die mineralische Düngung ermöglicht ein hohes Ertragsniveau unserer Kulturpflanzen, welches aber häufig eine gleichfalls hohe Intensität an Pflanzenschutzmitteln nach sich zieht. Das verstärkt die Abhängigkeit der Bäuerinnen und Bauern von multinationalen Konzernstrukturen und (auch genossenschaftlichen) Unternehmen des vor- und nachgelagerten Bereiches.

Beitrag zum Klimaschutz notwendig. – Rund sieben Prozent der Treibhausgasemissionen (CO₂-Äquivalente) werden direkt der Landwirtschaft zugeschrieben.¹ Bezieht man den vorgelagerten Bereich samt der energieintensiven Düngemittelproduktion mit in die Rechnung ein, erhöht sich dieser Wert drastisch. Der landwirtschaftliche Sektor ist gefordert, seinen Beitrag zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen zu leisten. Insgesamt muss sich die Klimaschutzpolitik an der Einhaltung des Ziels ausrichten, die Erderwärmung auf maximal 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.

Nährstoffverluste vermeiden. – Der durchschnittliche Stickstoffüberschuss in Deutschland ist mit rund 90 Kilogramm Stickstoff pro Hektar und Jahr² zu hoch. Örtliche Grundwasserbelastungen und ein da-

raus resultierendes EU-Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland sind Folgen. Das erst 2017 angepasste Düngerecht und die zu erwartenden weiteren Verschärfungen belasten die Betriebe mit einer hohen Unsicherheit, vor allem auch deshalb, weil eine langfristige Ausrichtung der Bundesregierung nicht erkennbar ist. Der Dokumentationsaufwand für alle Betriebe erhöht sich, die technologiefixierte Umsetzung (unter anderem Gülletrocknung und -transport, Ausbringung) erfordert erhebliche Investitionen.

Beitrag zum Erhalt der Artenvielfalt ist erforderlich. – Der in verschiedenen wissenschaftlichen Untersuchungen und z. B. durch den Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung³ beschriebene Rückgang der Artenvielfalt findet auch auf Äckern und darunter – im Boden – statt und erfordert verstärkte Anstrengungen.

Bodengesundheit und gute Bodenstruktur fördern. – Viele der genannten ackerbaulichen Herausforderungen rücken die Bedeutung der Fruchtbarkeit und Funktionsfähigkeit der Böden wieder stärker ins Bewusstsein. Die Vermeidung von Bodenverdichtung, Erosion, Humusabbau und Schadstoffeintrag bzw. die Förderung von Bodenstruktur, Wasserhaltefähigkeit, Humusgehalt und des Bodenlebens sind wichtige Bestandteile eines nachhaltig erfolgreichen Ackerbaus.

Ersatz von Sojaimporten bietet Chancen und erfordert Vermarktungsaufbau. – Umfangreiche Importe von Sojafuttermitteln werden mit der Zerstörung von Regenwäldern, der Verletzung von Menschenrechten und mit Nährstoffüberschüssen bei uns in Verbindung gebracht. Darauf wird mit einem zunehmenden Ersatz von Sojaimporten durch den Anbau heimischer Leguminosen reagiert. Für die Ernten des wieder zunehmenden Anbaus von Leguminosen wie Ackerbohnen, Erbsen, Lupinen und Soja fehlt es den Bäuerinnen und Bauern aber häufig an attraktiven Vermarktungsmöglichkeiten. Agrarhandel und Futtermittelwerke halten sich zurück. Das hängt nicht nur, aber auch damit zusammen, dass alte und neue Handelsabkommen den Import von Soja aus Nord- und Südamerika begünstigen.

Flächenverluste erhöhen Flächenkonkurrenz und Bodenpreise. – Nicht zuletzt entzieht die weitere Bebauung für Siedlung, Verkehr und Infrastruktur der Landwirtschaft und damit dem Ackerbau tagtäglich wertvolle Fläche (circa 60 Hektar pro Tag in Deutschland⁴) und erhöht die Flächenkonkurrenz. Eine regional sehr hohe Dichte an Tierhaltung und Biogasanlagen sowie der Einstieg außerlandwirtschaftlicher

Kapitalanleger in die Landwirtschaft sind weitere Anreize auf dem Bodenmarkt und führen zu Bodenpreisen, die mit einem nachhaltigen Ackerbau nicht mehr zu erwirtschaften sind.

Perspektiven und Lösungsansätze

Einige dieser Herausforderungen richten sich unmittelbar an die Politik, wenn es etwa um Klimaschutzmaßnahmen der gesamten Gesellschaft, Flächenverbrauch oder Handelsabkommen geht. Andere erfordern letztlich (auch) ein Handeln bzw. Veränderungen seitens der Ackerbaubetriebe selbst. Hierfür sind die agrarpolitischen Rahmenbedingungen so umzugestalten, dass die Betriebe dabei unterstützt bzw. dazu in die Lage versetzt werden, das zu leisten. Folgende Lösungsansätze in der Praxis sind dabei zentral:

Vielfalt ist von grundlegender Bedeutung

Eine größere Vielfalt an Kulturpflanzen (weitere Fruchtfolgen, Mischbau, Untersaaten etc.) ist elementar, um mehrere Herausforderungen zu meistern. Der bewährte Wechsel von Blatt- und Halmfrüchten, Winter- und Sommerungen, Tief- und Flachwurzeln sowie Ackerfutterbau beugen der Ausbreitung von Problemgräsern und -kräutern und damit auch Resistenzbildungen vor. Das hilft somit, den Einsatz chemisch-synthetischer Pflanzenschutzmittel zu reduzieren. Tiefwurzler vergrößern den belebten Bodenraum, verbessern die Bodenstruktur und die Wasserversorgung der Kulturpflanzen. Ein im Durchschnitt der Jahre überwiegender Anbau von Humusmehrern hilft, den Humusgehalt zu halten oder gegebenenfalls zu erhöhen und somit Kohlenstoff aus der Luft im Boden zu binden (Kohlenstoffsenke). Mit dem Anbau von Leguminosen, die in Symbiose mit Knöllchenbakterien Luftstickstoff nutzen und im Boden auch für die Folgekultur anreichern, lässt sich insbesondere der Einsatz energieintensiv erzeugter Mineraldünger einsparen. Nicht zuletzt sind Leguminosen wie Klee und Luzerne besonders wertvolle Nahrungspflanzen für Insekten.

Angepasste Düngung und Vermeidung von Nährstoffverlusten

Es ist auf eine ausgewogene Nährstoffversorgung und auf die Vermeidung negativer Nährstoffausträge in die Umwelt zu achten. Ein maßvoller Einsatz organischer Düngemittel aus flächengebundener Tierhaltung ist eine wesentliche Maßnahme, um Überschusssituationen, Trinkwasserbelastung und Umweltschäden zu vermeiden. Erforderlich dafür ist die Weiterentwicklung zu einer regionalen, flächengebundenen und artgerechten Tierhaltung in bäuerlichen Strukturen und eine Reduzierung der absoluten Tierzahlen

gerade in sehr viehintensiven Gebieten. Ziel muss es sein, die Summe der Nährstofffrachten zu senken. Insbesondere die Düngung mit Stallmist und Kompost kann wesentlich zum Aufbau von Humus beitragen. Ackerbauliche Maßnahmen zur Vermeidung von Nährstoffverlusten sind zudem eine möglichst ganzjährige Begrünung z.B. durch den Anbau von Zwischenfrüchten, ein aktives Bodenleben und nicht zuletzt die Reduzierung von Mineraldüngern. Die Leitlinie »Optimum statt Maximum« in der Düngung ist auch eine Voraussetzung, um widerstandsfähige Pflanzenbestände zu erzielen.

Chemischen Pflanzenschutz reduzieren

Die Technik und Methoden zur mechanischen Beikrautregulierung wurden in den letzten Jahren stark weiterentwickelt und sind auch für einen großflächigen Einsatz ausgereift. Vorausgesetzt, die höheren Kosten werden aufgefangen, lassen sich bei breiter Anwendung dieser Techniken und bei guter Kulturführung Herbizide weitgehend ersetzen. Um den Einsatz anderer chemisch-synthetischer Pflanzenschutzmittel so weit wie möglich zu reduzieren, sind weitere ackerbauliche Maßnahmen erforderlich, die den Kulturpflanzen einen Wettbewerbsvorteil geben. Dazu zählt unter anderem die Zersetzung organischer Substanz durch zielführende Bodenbearbeitung und die Aktivierung des Bodenlebens. Zeitlich passgenaue Bearbeitungsschritte, die Förderung von Nützlingen, etwa durch entsprechende Lebensräume in den Randstrukturen sowie in der Fläche, und der Verzicht auf schädliche Insektizide sind neben der Beachtung von Schadschwellen weitere Maßnahmen, um den Einsatz chemisch-synthetischer Mittel zu reduzieren zu können.

Vermarktungsmöglichkeiten schaffen für vielfältige Kulturen und zusätzliche Qualitäten

Eine vielfältigere Fruchtfolge auf dem Acker erhöht die Vielfalt an Erntegütern. Damit das für die Betriebe wirtschaftlich Sinn macht, sind dafür aufnahmefähige Vermarktungswege und attraktive Verwertungen erforderlich. Das ist etwa für Leguminosen wie Ackerbohnen, Erbsen, Lupinen bisher nur bedingt der Fall. Regionale Wertschöpfungsketten mit Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen vor Ort sind daher zu erhalten oder wieder aufzubauen. Zudem sind Leistungen wie der Verzicht auf Herbizide mit höheren Kosten der Erzeugung verbunden. Für die Zusatzqualitäten brauchen die Bäuerinnen und Bauern daher höhere Erlöse. Es liegt auf der Hand, dass hier weit mehr Akteure gefragt sind als allein die Bäuerinnen und Bauern. Es bleibt aber wichtig, dass sie ihre Interessen gegenüber anderen Marktbeteiligten eigenständig formulieren und vertreten.

Digitalisierung ist ein Werkzeug, kein Selbstzweck

Häufig wird die Digitalisierung des Ackerbaus dargestellt, als seien mit ihrer Hilfe die zentralen Herausforderungen bereits zu schaffen. Wer solche Erwartungen weckt, wird Enttäuschungen hervorrufen. Die Digitalisierung ist eine Rationalisierungstechnik, kann aber helfen, Veränderungen wie einen reduzierten Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln zu unterstützen. Sie kann aber nicht die grundlegenden Wirkungen einer veränderten, vielfältigen Fruchtfolge ersetzen bzw. ackerbauliche Unzulänglichkeiten ausgleichen.

Politischer Handlungsbedarf

Die Lösungsansätze erfordern politisches Handeln, damit sie möglichst flächendeckend Anwendung finden. Ziel muss eine zusammenfassende, ressourcen- und klimaschonende Ackerbaustrategie sein, die sich am Optimum und nicht am Ertragsmaximum orientiert und die eine Risikostreuung auf den Betrieben ermöglicht.

Die Politik hat vielfältige Möglichkeiten, um Bäuerinnen und Bauern bei der Trendwende im Ackerbau zu unterstützen und ihnen durch veränderte und verlässliche Rahmenbedingungen eine Zukunftsperspektive aufzuzeigen.

Wir fordern von der Bundesregierung eine *Ackerbaustrategie*, die folgendes enthalten muss:

- eine klare und anspruchsvolle Zielsetzung für Umwelt-, Klima- und Artenschutz im Ackerbau für die kommenden zehn bis 20 Jahre im breiten Konsens;
- eine Abschätzung der damit verbundenen Kosten für die landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland;
- eine Abschätzung dazu, wie sehr die oben genannte Reform der EU-Agrarpolitik und insbesondere der Direktzahlungen die Ziele abdecken kann;
- zusätzliche Finanzierungsmittel für weitergehende Leistungen, die durch die oben genannte Reform der Direktzahlungen nicht finanziert werden;
- einen verlässlichen Pfad für die Anpassung von gesetzlichen Regelungen auf der Zeitachse;
- Bildung und Beratung sowohl für die Umsetzung auf Ebene der Einzelbetriebe als auch für ein gemeinsames Vorgehen am Markt;
- Absicherung höherer Standards auch im Außenhandel: Qualifizierter Marktzugang.

Klare und anspruchsvolle Zielsetzung für Umwelt-, Klima- und Artenschutz im Ackerbau

Eine Strategie braucht eine möglichst genaue Zielsetzung, damit die Aufgaben klar und die Maßnahmen zielgerichtet ausgewählt und gestaltet werden können.

Die Ackerbaustrategie muss daher als erstes benennen, welche Ziele neben der Sicherung der Lebensmittelerzeugung und dem Erhalt möglichst vieler bäuerlicher Betriebe verfolgt werden sollen. Die Beschreibung der Herausforderungen und Lösungsansätze (siehe oben) gibt hierfür bereits die wesentlichen und notwendigen Zielbereiche für einen zukunftsweisenden Ackerbau vor. Konkrete Zielmarken sind zudem in der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung, den Biodiversitätsstrategien von EU und Bundesregierung, der Nitratrichtlinie und Düngeverordnung, der Wasserrahmenrichtlinien, in Klimaschutzplänen von EU und Bundesregierung, dem Entwurf für das Klimaschutzgesetz und anderen Richtlinien, Verordnungen und Leitlinien aufgeführt. Sie sind jeweils für den Ackerbau zu spezifizieren und als Ziele der Ackerbaustrategie zu vereinbaren. Diese Beschreibungen von Zielen und agrarpolitischen Aufgaben sind zur Vorbereitung des Strategischen Plans zur Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) in Deutschland ohnehin zu leisten.

Abschätzung der resultierenden Kosten für die landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland

Sollen diese Ziele von den Ackerbaubetrieben mit verfolgt und umgesetzt werden, sind damit zum Teil deutlich höhere Kosten bzw. Mindererträge für die Betriebe verbunden, die von den Absatzmärkten bisher nicht oder nur vereinzelt übernommen werden. Die Erzeugerpreise für Getreide, Raps und Zuckerrüben sind stark von internationalen Entwicklungen abhängig. Um geeignete Instrumente für einen finanziellen Ausgleich von maßnahmenbezogenen Mehrkosten auswählen zu können, ist daher zunächst eine Abschätzung der zu erwartenden Mehrkosten bzw. Mindererlöse vorzunehmen. Dabei ist auch klar, dass nicht jede Reduzierung von Düngung und Pflanzenschutzmitteleinsatz einen betriebswirtschaftlichen Verlust bedeuten muss. Auch externe Kosten und Nutzen (Gemeinwohlleistungen) sollten beziffert werden.

Umgestaltung der EU-Agrarpolitik: Anreize setzen, Leistungen differenziert honorieren

Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) und ihre Umsetzung in Deutschland sind so zu gestalten, dass die Honorierung von Leistungen der Betriebe für Klimaschutz, Artenvielfalt aber auch soziale Gerechtigkeit ins Zentrum gestellt wird. Mit den Fördermitteln der GAP sind Anreize für eine zukunftsfähige und ressourcenschonende Landwirtschaft zu setzen. Die AbL hat dafür einen »Vorschlag für eine gerechte Agrarpolitik nach 2020« entwickelt und ein praxisorientiertes Punktesystem für die Agrarzahlungen vorgeschlagen:⁵ Statt unabhängig von der Art der Bewirtschaftung Geld pro Hektar zu zahlen, werden klima- und

umweltverträgliche Ackerbaumethoden gezielt honoriert. Dazu gehören etwa vielfältige Fruchtfolgen, Leguminosenanbau, biodiversitätsfördernde Landschaftselemente, Verzicht auf Totalherbizide, Verzicht auf Gentechnik. Auch werden kleinere Betriebs- und Ackerstrukturen stärker gefördert und damit der Erhalt vieler und vielfältiger Bauernhöfe. Die Zahlungen werden auf diejenigen Betriebe konzentriert, die konkrete Leistungen erbringen für den Schutz des Bodens, mehr Vielfalt und Erweiterung der Fruchtfolgen sowie Einsparung von Pflanzenschutzmitteln und Mineraldüngern. Auf diese Weise werden Ressourcen geschont, Umwelt und Klima geschützt.

Zusätzliche Finanzierung durch spezifische Förderung, Einrichtung eines Ackerbaufonds und durch Marktdifferenzierung

Die gesamtgesellschaftlichen Leistungen der Bäuerinnen und Bauern, die mit der Umsteuerung von EU-Fördergeldern nicht bezahlt werden, müssen auf anderem Wege finanziert werden. Das kann über Fördermaßnahmen von Bund und Ländern geschehen, etwa für spezifische Natur- und Umweltschutzmaßnahmen. Aber auch Verarbeitungsunternehmen der Lebensmittelwirtschaft, Einzelhandelsketten und letztlich die Verbraucherinnen und Verbraucher können an der Finanzierung beteiligt werden.

Dafür schlägt die Abl zum einen die Einrichtung eines Ackerbaufonds vor, der sich aus Abgaben speist, die von den Handelspartnern der Bäuerinnen und Bauern und den Einzelhandelsketten je verarbeiteter bzw. verkaufter Tonne Getreide und anderer Ackerfrüchte abgeführt werden. Mit den Einnahmen werden konkrete Leistungen landwirtschaftlicher Betriebe etwa für Biodiversität, Boden- und Gewässerschutz und für Klimaschutz vergütet. Der Fonds wird von einer Körperschaft getragen, die sich aus Landwirtschafts-, Umwelt- und Verbraucherschutzverbänden zusammensetzt und so die Spannweite der Interessen vereint.

Zum anderen ist eine Marktdifferenzierung voranzutreiben, indem Aufpreise für besondere Zusatzqualitäten wie etwa den Verzicht auf chemisch-synthetische Dünge- und Pflanzenschutzmittel bis hin zum Ökolandbau erreicht werden. Dafür ist gegebenenfalls eine objektive Kennzeichnung erforderlich, damit Kunden vergleichen und bewusst auswählen können. Die gesetzliche Kennzeichnung von Ökowerk gibt es bereits.

Verlässlicher Pfad für die Anpassung gesetzlicher Regelungen auf der Zeitachse

Die Politik muss auch mit ordnungsrechtlichen Hebeln eingreifen, um Fehlentwicklungen zu stoppen. Die Abl fordert von der Politik, die Zulassung von

insektiziden Nervengiften und Totalherbiziden zu beenden.

Das Düngerecht ist zu verschärfen, aber verursachergerecht und ohne diejenigen Betriebe, die keine Gewässergefährdungen verursachen, mit aufwendigen bürokratischen Auflagen zu belasten.

Generell gilt, dass gesetzliche Änderungen so frühzeitig auf den Weg gebracht und mit vertretbaren Übergangszeiten in Kraft gesetzt werden, dass die landwirtschaftlichen Betriebe ihre Wirtschaftsweisen daran anpassen können. Planungssicherheit und Verlässlichkeit sind wichtig und müssen an die Stelle sowohl von sprunghaften Verschärfungen als auch von ewigem Abwehren und Hinausschieben von Entscheidungen treten.

Für die Herausforderungen des Ackerbaus wird die Gentechnik keine nachhaltigen Lösungen bringen. Um insbesondere mit den Wetterextremen durch den Klimawandel zurechtzukommen, brauchen wir im Ackerbau Risikostreuung, indem wir auf eine Vielfalt an Kulturen und Vielfalt in den Sorten setzen, die robust und anpassungsfähig sein müssen. Vermehrt werden Populationen, Mischanbau und Agroforst eine Rolle spielen. Gentechnik schafft dagegen einseitige Techniklösungen und forciert die Patentierung. Diese wiederum schränkt den Zugang zur genetischen Vielfalt massiv ein.

Bildung und Beratung für die Umsetzung auf Betriebs-ebene und für ein gemeinschaftliches Vorgehen am Markt

Ausbildung und Beratung sind ebenfalls gefragt, um Bewusstsein und Kenntnisse über Veränderungen und praktische Anpassungsmöglichkeiten wie mechanische Verfahren der Beikrautregulierung zu vermitteln. Besonders der Austausch unter Praktikerinnen und Praktikern ist wichtig, um Erfahrungen auszutauschen und voneinander zu lernen. Die große Resonanz bei Feldtagen zeigt, wie groß der Bedarf hierfür ist.

Verstärkt werden sollte zudem die Bündelung der Vermarktungsinteressen der Ackerbäuerinnen und Ackerbauern etwa in Erzeugergemeinschaften. Deren Bedeutung steigt mit dem Anbau zusätzlicher Kulturen und mit zunehmender Marktdifferenzierung (Zusatzqualitäten). Die Erzeugerinnen und Erzeuger können ihre wirtschaftlichen Interessen nicht zuletzt in Preisverhandlungen wesentlich besser vertreten, wenn sie gemeinsam vorgehen. Bund und Länder sollten daher auch im Ackerbau die Gründung von Erzeugergemeinschaften gezielt vorantreiben und fördern.

Absicherung höherer Standards auch im Außenhandel: Qualifizierter Marktzugang

Um klimaschädliche Getreide- und Eiweißfutterimporte zu vermeiden (die auch zu einem Preisdruck

für die europäischen Bauernhöfe führen), ist in der EU-Handelspolitik der Qualifizierte Marktzugang zu etablieren. Das bedeutet z. B. bei Soja, dass die EU beim Import solche Soja bevorteilt, die ohne Gentechnik, Regenwaldabholzung und Glyphosateinsatz oder den Einsatz von in der EU verbotenen Pestiziden angebaut wird. Sojaimporte aus bäuerlichen, also auch kleineren Strukturen, werden bevorzugt. Bei Missachtung der Qualitätskriterien wird eine Abgabe auf die Sojaimporte erhoben oder die Importe werden abgelehnt.

Schlussbemerkung

Zukunftsfähiger Ackerbau braucht viele Betriebe. – Nicht noch mehr Betriebe verlieren!

Die Ackerbaustrategie muss ökologische Notwendigkeiten mit den wirtschaftlichen und sozialen Erfordernissen der Bäuerinnen und Bauern in Einklang bringen. Denn so wie die Vielfalt an Tier- und Pflanzenarten in den Agrarlandschaften abgenommen hat, so haben wir viel zu viele landwirtschaftliche Betriebe verloren.

Dabei haben auch jüngere Untersuchungen verschiedener Wissenschaftler ergeben, dass kleinere Flächenstrukturen (Randstreifeneffekte) einen sehr großen positiven Einfluss auf die Biodiversität haben.

Bäuerliche Betriebsstrukturen schaffen agrarkulturelle Vielfalt und sind damit wichtige Lebensräume und Brücken für Artenvielfalt. Biodiversität und bäuerliche Vielfalt gehören zusammen. Sie erhalten und ermöglichen lebendige ländliche Räume.

Anmerkungen

- 1 Umweltbundesamt: Emissionen aus der Landwirtschaft 2017. Veröffentlicht am 25. April 2019 (www.umweltbundesamt.de/daten/land-forstwirtschaft/beitrag-der-landwirtschaft-zu-dentreibhausgas#textpart-1).
- 2 Statistisches Bundesamt: Nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Indikatorenbericht 2018. Wiesbaden 2018 (www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Nachhaltigkeitsindikatoren/Publikationen/Downloads-Nachhaltigkeit/indikatoren-0230001189004.pdf?__blob=publicationFile).
- 3 Wissenschaftlicher Beirat für Biodiversität und Genetische Ressourcen beim BMEL: Für eine Gemeinsame Agrarpolitik, die konsequent zum Erhalt der biologischen Vielfalt beiträgt. Berlin 2018 (www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Ministerium/Beiraete/Biodiversitaet/StellungnahmeAgrarpolitikErhaltbio-Vielfalt.pdf?__blob=publicationFile).
- 4 Statistisches Bundesamt (siehe Anm. 2).
- 5 www.abl-ev.de/punktesystem.

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
info@abl-ev.de